

Weder Händler noch Helden

Europa muss endlich ein eigenständiger Akteur werden – und China jenseits von Ideologie und Anbiederung gegenüberreten | Von Michael Schaefer

Der Aufstieg des Ostens und der Niedergang des Westens ist ein irreversibler Trend, die internationale Landschaft verändert sich zu unseren Gunsten. Das sagt Chen Yixin, ein enger Vertrauter des chinesischen Präsidenten. Hat Chen Recht?

Was vor zwei Jahrzehnten noch aussah wie der Abschied von der bipolaren und der Beginn einer multipolaren Welt verändert sich dramatisch schnell in einen neuen globalen Wettstreit zwischen zwei Großmächten, diesmal den USA und China – und zum Nachteil Europas, wenn der Kontinent sich nicht geopolitisch neu aufstellt.

China wird Ende des Jahrzehnts die global stärkste Volkswirtschaft sein, bis 2035 in allen neuen Technologien dominieren. Es gibt kaum Zweifel, dass das Land dieses strategische Ziel erreichen wird, so viel Kapital und Manpower steckt Peking in Forschung und Entwicklung in zehn Schlüsseltechnologien. Doch die beunruhigendste Veränderung ist die Modernisierung der Volksarmee, die bis 2027 abgeschlossen sein soll und China in eine bessere Ausgangslage in einem potentiellen Konflikt mit den USA über Taiwan versetzen soll. Damit ist Xi Jinping strategisch in der Lage, eine Wiedervereinigung mit Taiwan anzustreben – notfalls mit Gewalt. Historisch würde ihn das auf eine Stufe mit Mao Zedong setzen.

Doch der chinesische Aufstieg ist kein Selbstläufer. Die Kommunistische Partei muss immer neu den ungeschriebenen Gesellschaftsvertrag einlösen: Akzeptanz des autoritären Einparteiensystems gegen fortgesetztes Wachstum und steigenden Wohlstand für immer mehr Bürger. Zu Recht kritisieren wir die seit Xis Amtsantritt immer repressivere Innenpolitik, die massive Unterdrückung der Uiguren in

Xinjiang, Menschenrechtsverletzungen in Tibet und der inneren Mongolei, systematische Beschneidung der Freiheitsrechte in Hongkong, Zunahme der Repression gegen Intellektuelle, Künstler oder religiöse Organisationen.

Internationale Kritik an seiner Minderheitenpolitik lässt Peking nicht völlig unbeeindruckt, es reagiert beleidigt und verhängt Gegenmaßnahmen. Aber es weiß sich insgesamt auf sicherem Boden, solange Menschenrechtskritik aus dem Ausland von den Chinesen als Bevormundung Chinas empfunden wird. Nie wieder Demütigung durch ausländische Mächte – das ist eine tiefstehende Lehre aus den vergangenen 150 Jahren. Die Mehrheit der Chinesen wird trotz Kontrollsystem und Beschränkung individueller Rechte hinter ihrer Regierung stehen, solange es ihnen am Ende eines Jahres besser geht als im Vorjahr.

Aber genau dort droht die Rechnung Xis nicht aufzugehen: Seine Wirtschaftspolitik erweist sich als kontraproduktiv. Immer stärkere Parteikontrolle und die Bevorzugung von staatlichen Unternehmen gegenüber innovativen Privatunternehmen, denen China seinen rasanten Aufstieg ver-

dankt, beeinträchtigt das Vertrauen in die chinesische Wirtschaft und drosselt ihre Dynamik. Das ist die Achillesferse der chinesischen Entwicklung.

Gleichwohl ist Europas derzeitige Unfähigkeit, sich strategisch als eigenständiger Akteur in dem sich radikal wandelnden geopolitischen Umfeld zu etablieren, dramatisch. Wenn es den EU-27 in den nächsten Jahren nicht gelingt, eine handlungsfähige Werte- und Interessengemeinschaft zu werden, wird dieses Europa in dem sich anbahnenden Großmächtekonflikt völlig an den Rand gedrängt werden, unfähig die Interessen seiner Bürger zu verteidigen.

Der zunehmend ideologisierte Diskurs um eine „strategische Autonomie“ Europas ist eine typisch europäische Übersprungs-



handlung. Es geht schließlich nicht um Äquidistanz gegenüber beiden Großmächten. Es geht auch nicht um einen graduellen Ersatz der transatlantischen Allianz durch eine europäische Verteidigung. Es geht um die Identifizierung europäischer Interessen und ihre bestmögliche Durchsetzung auf Grundlage unserer Werte – allein oder mit Partnern. Mit Amerika verbinden uns auch weiterhin mehr Interessen und Werte als mit China, aber sie sind nicht identisch.

Daraus ergeben sich vier Schlussfolgerungen.

Erstens: China einbinden. Europa hat ein Interesse an regelbasierter globaler Kooperation. Unsere jüngere historische Erfahrung prädestiniert die EU zum Brückenbauer und Architekten einer neuen funktionsfähigen globalen Ordnung. Deutschland und Frankreich als größte europäische Gesellschaften sollten dabei besondere Verantwortung übernehmen – nicht allein, sondern gemeinsam mit kleineren EU-Partnern. Nicht ideologische Ausgrenzung von China und anderen autokratischen Mächten ist die Lösung, sondern ihre pragmatische Einbindung – auf Basis klarer Regeln und Standards.

Zweitens: Die Anziehungskraft des Modells Europa zur Geltung bringen. Politisch rivalisierende Systeme wie das Chinas lassen sich nicht von außen verändern. Aber Europa kann Wandel durch Vorbildlichkeit generieren: Es kann und muss den Beweis erbringen, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erfolgreicher sind als Autokratie und Staatskapitalismus. Das ist möglich, aber die EU muss zunächst ihre Hausaufgaben erledigen – Polen und Ungarn sind nur zwei Stichworte. Und Taten müssen Worten folgen. Wenn wir Kritik an inneren Missständen in China üben, müssen wir bereit sein, daran spürbare

Konsequenzen zu ziehen. Die Bereitschaft Großbritannien, den Bürgern Hongkongs die vereinfachte Einbürgerung anzubieten, ist ein gutes Beispiel. Auch die Olympischen Spiele dürfen nicht tabu sein, etwa durch Abwesenheit politischer Führungskräfte wie 2008. Denn China will einen Gesichtsvorstellung unbedingbar vermeiden.

Drittens: Rote Linien ziehen und einhalten. Europa akzeptiert das Prinzip der Ein-China-Politik, China muss sich seinerseits an internationales Recht halten. Wo Beijing eklatant dagegen verstößt, muss die EU bereit sein zu handeln. Die gewaltsame Wiedervereinigung Taiwans mit dem Festland ist so eine rote Linie. Ihre Verteidigung setzt allerdings Handlungswillen und Europas Fähigkeit voraus, den USA bei der Verteidigung Taiwans beiseite zu stehen. Frieden und Stabilität sind nicht zum Nulltarif zu haben, auch nicht für Berlin. Deshalb ist ein deutlich höherer Beitrag Deutschlands zur europäischen Verteidigungsfähigkeit ein essentielles Element verstärkter Verantwortung.

Viertens: Innovatives Europa. Wirtschaftlich stehen wir im Gegenwind eines immer härter werdenden globalen Wettbewerbs. China und USA verteidigen ihre Interessen beinahart. Davor darf auch Europa nicht zurückschrecken: 5G ist gutes ein Beispiel. Im Kern innerer Sicherheit sollte die EU eigene Technologien entwickeln – und zugleich in bestimmten Fällen aber auch mit China kooperieren. Gegenüber einer sich anbahnenden chinesischen technologischen Dominanz gibt es nur eine Strategie: mehr Kapital zur Entwicklung eigener europäischer Fähigkeiten. Woran es Europa dramatisch mangelt, ist politische Führung, Handlungswille und Selbstbewusstsein. Denn es bleibt dabei, dass China uns ebenso braucht wie wir China.

AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des *Hauptstadtbrieft*. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

Gerede

Mitte Februar berieten vier CDU-Politiker (Bundeskanzlerin Angela Merkel, Kanzleramtschef Helge Braun, Wirtschaftsminister Peter Altmaier und Gesundheitsminister Jens Spahn) mit einem Sozialdemokraten (Finanzminister Olaf Scholz). Der SPD-Kanzlerkandidat schlug vor, im Kampf gegen die Corona-Seuche solle die Regierung einen Bundesbeauftragten für die Impfstoffproduktion berufen. Die vier von der CDU sagten Ja. Scholz hatte auch einen Vorschlag parat: Christoph Krupp, der Leiter der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben mit Sitz in Bonn ist. Abermals Zustimmung. Seither wird in der CDU gefragt, ob die vier – partei- und personaltaktisch gesehen – geschlafen hätten. Krupp war früher Chef der Senatskanzlei, als Scholz in Hamburg Erster Bürgermeister war. Krupp gilt als effizienter Beamter, vor allem aber als Vertrauter von Scholz. Zwar gibt das Argument, mit der Berufung von Krupp habe Merkel die SPD bei Laune halten und verhindern wollen, dass der Koalitionspartner sich zu Lasten der Union profilieren. Außerdem sei der Impfstoffproduktionsbeauftragte beim CDU-geführten Wirtschaftsministerium angesiedelt. Doch viele in der CDU sehen das anders. Merkel, Braun, Altmaier und Spahn hätten dem SPD-Kanzlerkandidaten ein Wahlkampfinstrument gegeben. Wenn es im Sommer, was sicher sei, Impfstoffe in Hülle und Fülle geben werde, könne Scholz damit werben, Dank der SPD-Initiative sei es so gekommen.

An dem Umstand, dass die Pannen rund um Impfstoffe bei Spahn abgeladen werden, hat sich freilich nichts geändert. Obwohl ihm Merkel längst das Heft des Handelns aus der Hand genommen hat, gilt der Gesundheitsminister als Sündenbock („Ankündigungsminister“) – in Politik und Medien. Ob es daran liegt, dass Marc Degen, seit Anbeginn von Spahns Karriere dessen Berater, Vertrauter und im Umgang mit Journalisten Spindoktor, kürzlich aus den Diensten des Ministers ausgeschieden ist? Degen konnte sich wie wenige sonst in den Berliner Untiefen aus. Seit dem Jahreswechsel jedenfalls agiert Spahn, der Shootingstar von 2020, mehr als unglücklich – als Minister, in der Parteilarbeit und in der politischen Kommunikation, sei es aus Ehrgeiz, sei es aus Unbedachtsamkeit. Gegner und auch Parteifreunde schlachten das aus. „Die Bundeskanzlerin beabsichtigt keine Kabinettsumbildung“, sagte jetzt der Regierungssprecher. Namen, wer da ins Gerede gekommen sei, brauchten nicht genannt zu werden.

Grünphase

Die SPD setzt zum Spurwechsel an, die Union landet auf dem Seitenstreifen – die Landtagswahlen und ihre Folgen | Von Oskar Niedermayer

Man kann es nach dem vergangenen Sonntag nicht oft genug sagen: Landtagswahlen sind Landtagswahlen. Auch in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz war für eine breite absolute Mehrheit der Wählerschaft die Politik im Land für ihre Wahlentscheidung wichtiger als die Bundespolitik.

Die Wahlsiege der Grünen und der SPD sowie der schwarze Tag der CDU, die in beiden Ländern auf das historisch schlechteste Ergebnis in ihrer Geschichte zurückfiel, hat daher zunächst landespolitische Ursachen, und zwar vor allem personelle. Gewonnen haben Winfried Kretschmann und Malu Dreyer, die jeweiligen Superstars ihrer Partei, die aufgrund hoher parteiübergreifender persönlicher Zustimmungswerte und mit einer pragmatischen „nah bei de Leut“-Politik ihren Amtsbonus voll ausspielen konnten.

Beide lagen bei allen vier wesentlichen Eigenschaften, nach denen die Wählerschaft das politische Personal beurteilt – Sachkompetenz, Führungsstärke, Glaubwürdigkeit und persönliche Sympathie – sehr weit vor Susanne Eisenmann in Stuttgart und Christian Baldauf in Mainz. Es wundert daher nicht, dass in Baden-Württemberg die absolute Mehrheit der CDU-Anhänger Kretschmann als Ministerpräsident präferierte und nur ein Drittel die eigene Spitzenkandidatin. Es gab jedoch durchaus auch inhaltliche Gründe für das Wahldesaster: Die Landes-

CDU wurde insgesamt deutlich schlechter beurteilt als ihre Hauptkonkurrentinnen, und die Partei konnte bei den von den Wählern als wichtig erachteten Sachthemen weder aus der Regierung noch aus der Opposition heraus wirklich punkten. Zudem führen die schlechten Ergebnisse einen Negativtrend fort, der schon längere Zeit anhält: Die Zeiten absoluter CDU-Mehrheiten in den ehemaligen Stammländern sind schon seit der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre vorbei.

Natürlich gibt es bei jeder Landtagswahl auch einen Einfluss der bundespolitischen Großwetterlage, und das Wahlergebnis strahlt auf die Bundesebene aus. Die beiden Landesverbände profitierten in den Umfragen zu Beginn der Coronakrise sehr stark von der Tatsache, dass das Dreiergespann aus Angela Merkel, Jens Spahn und Markus Söder sich als effizientes Krisenmanagement-Team profilierte und die Kompetenz zur Krisenbewältigung einseitig der Union



zugewiesen wurde. Das bröckelte aber bald wieder, und die Impfmisere, das Schnelltestdebakel und auf den letzten Metern die Maskenaffäre führten zu einem starken bundespolitischen Gegenwind.

Die Bundes-CDU, die nach dem Wahldebakel auf unter 30 Prozent abgesackt ist, steckt in einer tiefen Krise. Sie steht ohne einen Kanzlerkandidaten und ein Programm da und hat einen Parteivorsitzenden mit mäßigen Beurteilungswerten beim Wahlvolk.

Zudem beschädigen die Entwicklungen der vergangenen Wochen zwei der wesentlichen Erfolgsgaranten der Vergangenheit: Die Fehler bei der Bewältigung der Coronapandemie zerstören den Nimbus der geborenen Regierungspartei, auf deren Krisenmanagement sich die Bürgerinnen und Bürger verlassen können. Und die Vorwürfe, dass sich Abgeordnete durch die Wirtschaft schmierien lassen, beschädigt den traditionellen Markenkern der Partei, ihre Wirtschaftskompetenz, die sowieso schon seit geraumer Zeit – nicht nur durch die schwache Performanz des jetzigen Wirtschaftsministers Peter Altmaier – gelitten hat. Jetzt kommt auch noch die Diskussion um eine bundesweite Ampel hinzu, die die Union jeglicher Machtperspektive berauben würde.

Doch auch für die drei möglichen Partner eines solchen Bündnisses ist die Situation nicht so rosig, wie die Parteistrategen glauben machen wollen. Davon abgesehen, dass

die Landtagswählerfolge der Grünen und SPD vor allem wegen der völlig anderen personellen Situation nicht auf die Bundesebene übertragen werden können und eine Ampel daher schon rein rechnerisch nicht so einfach zu erreichen ist, stellt sie für alle ein zweischneidiges Schwert dar. Einerseits eröffnet sie eine Machtoption jenseits von Schwarz-Grün oder Grün-Rot-Rot. Andererseits ist sie in allen drei Parteien innerparteilich höchst umstritten.

Wenn die SPD-Vorsitzenden von einem „progressiven Bündnis“ ohne die Union sprechen, meinen sie damit eine Koalition mit Grünen und Linkspartei, während sich das Scholz-Team auf die Ampel einzuschließen scheint. Für große Teile der Grünen-Basis sind nicht nur die inhaltlichen Differenzen, sondern auch die kulturelle Distanz zur FDP-Klientel sehr groß, und die FDP kann mit einer Ampeldiskussion zwar die Emanzipation vom Image des natürlichen Koalitionspartners der Union weiter vorantreiben, eine Koalition mit den Bundes-Grünen stößt aber in der Par-

tei auf weit größeren Widerstand als auf Landesebene.

Die SPD hat ihren programmatischen Linkskurs seit dem Parteitag 2019 konsequent fortgesetzt, und die Grünen stellen mit ihren Forderungen nach Staatsinterventionen, Umverteilung und ihrer multikulturell orientierten Identitätspolitik wirtschafts- und gesellschaftspolitisch eindeutig eine linke Partei dar. FDP-Chef Christian Lindner hat daher nicht ganz Unrecht, wenn er davon spricht, dass SPD und Grüne im Bund „nur Spurenelemente der politischen Vorstellungen der FDP gut“ finden würden.

Je näher der Termin für die Bundestagswahl rückt, desto schwieriger dürfte es für die drei Parteien auch werden, unter Verweis auf ihre Eigenständigkeit und den Kampf um die eigenen Inhalte die Diskussionen um die koalitionspolitische Ausrichtung zu unterdrücken, denn immer mehr Wählerinnen und Wähler werden sich dann fragen, was sie eigentlich bekommen, wenn sie eine dieser Parteien wählen.

DER HAUPTSTADTBRIEF

Lesen Sie mehr vom *Hauptstadtbrief* – diese Woche:

Glaubenskrisen – Carl Kau verzweifelt an den „Hohepriestern“ und fordert zur Umkehr auf. **Krisenschutzkrise** – Oliver Rolofs bemängelt die Pandemie-Politik der Bundesregierung und zeigt, wie Katastrophenschutz der wirklichen Gefahren angepasst werden könnte. Und **Anne Wizorek** schreibt in ihrer Kolumne *Direktnachricht* über das Versöhnungspotential, das in der ach so vielgeschmähten Identitätspolitik steckt. www.derhauptstadtbrief.de